

Dill-Beitrag

Zeitung für das Dilltal

Dillenburgs Tageblatt

Amtesliches Kreisblatt für den Dillkreis

Ausgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Frangobrief 1,20 M. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungsboten und die Landriefträger, sowie sämtliche Postanstalten. Geschäftsstelle und Schriftleitung Schullstraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postcheckkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillenburg und L. Pfäffer, Depositenkassa, Dillenburg.

Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Zeile 20 Pfennig, 4-spaltige 15 Pfennig, 3-spaltige 10 Pfennig, 2-spaltige 6 Pfennig. Bei Wiederholungen Ermäßigungen entsprechend Rabatt oder günstige Zeilenabkürzungen. Offertentexte oder Zuschnitt durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Nr. 248

Dienslag, den 22. Oktober 1918

78. Jahrgang

Die Antwort Deutschlands an Wilson.

„Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht.“

Berlin, 21. Okt. (W. B. Amtlich.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sind, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Bereinigten Staaten keine Forderung aufstellen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche U-Boot-Kommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche U-Boot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unfunktionell und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt führen kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reiche fand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor.

In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, 20. Oktober.

Soll, Staatssekretär des Außern.

Die letzte Formulierung.

Berlin, 21. Okt. Die deutsche Antwort an Wilson hat in einer Sitzung des Kriegsausschusses der Regierung, die gestern spät abends abgehalten wurde und bis gegen 10 Uhr dauerte, ihre letzte Formulierung erhalten und ist heute Nacht nach der Schweiz zur Weitergabe an den Präsidenten Wilson abgegangen worden. Die Verzögerung der Absendung wurde dadurch veranlaßt, daß es nicht ganz einfach war, in allen den außerordentlich wichtigen, vor allem auch in den Heer und Marine betreffenden Fragen eine volle Übereinstimmung aller maßgebenden Stellen herbeizuführen. — Die Gerüchte, Holland habe unserer Regierung irgendwelche Mitteilungen gemacht, die den Inhalt und den Ton der Note beeinflusst hätten, bewahrheiten sich laut der „B. Z.“ nicht.

Staatssekretär Scheidemann über die Kriegsleihe:

Seid pflichtbewußt! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu fünf Prozent anzulegen.

Südwestlich von Bichte brachten wir keine Angriffe zum Stehen. Nördlich der Schelde wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Nördlich von Tournai hat der Gegner die Schelde erreicht, südlich von Tournai standen wir mit ihm in der Linie St. Amand — östlich von Denain und auf den Höhen östlich und nordöstlich von Maspres in Gefechtsablage.

Westwärts von Solesmes und Le Cateau griff der Engländer gestern in Ausdehnung seiner am 17. und 18. Oktober zwischen Le Cateau und Oise geführten Angriffe mit starken Kräften an. Zwischen Sonntag und Bertain blieben seine Angriffe auf den Höhen westlich der Lapes-Niederung in unserer Abwehrwirkung liegen. Westwärts von Solesmes brachten wir den über unsere vorderen Linien hinaus vordringenden Feind auf den Höhen östlich und südlich der Stadt zum Stehen. Romerles und Amerval gingen verloren und wurden im Gegenstoß wieder genommen. Westwärts von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach hartem, wechselvoltem Kampfe im allgemeinen behauptet. Die brandenburgische 44. Reserve-Division unter Führung des Generalmajors Haas hat sich hier besonders bewährt. Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist somit auf der ganzen 20 Kilometer breiten Front bis auf örtlich beschränkten Bodengewinn des Gegners an der Fähigkeit unserer durch Artillerie wirksam unterstützten Infanterie gescheitert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nördlich der Serre wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Westwärts der Straße Vaon-Marle überboten wir im Gegenangriff Teile unserer noch in Feindeshand verbliebenen Linien und wiesen starke Gegen-

Was geschehen ist, das war nichts anderes, als die Information der Reichstagsabgeordneten, die aber nicht einmal in besonders umfangreichem Maße erfolgt ist. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß von verschiedenen Regierungstellen die Vertreter der Presse verschiedene Dinge informiert worden sind, als dies den Mitgliedern des Reichstags gegenüber geschehen ist. Wenn man auch zugeben muß, daß das darin keine besonderen Gründe haben mag, daß die Presse ein Instrument ist, das eine kluge Regierung mit Geschick zu spielen versteht, daß sie ferner in jedem Augenblick zur Verfügung steht, so kann man doch verstehen, daß eine nachträgliche Information der Abgeordneten, besonders unter der Ära Bethmann, noch lange keine Heranziehung zur Mitverantwortung war. Wenn dies aber der Mann, der jetzt Herr v. Bethmann Hoffweg verteidigt, doch so darstellen will, so bleibt nichts anderes übrig, als daß der Reichstag aus sich heraus die Vorgänge vom 31. Januar 1917 aufklärt.

Diese Auffassung vertreten wir und legen sie schriftlich nieder zu einem Zeitpunkt, in dem die letzte Antwort der deutschen Regierung an Wilson noch nicht öffentlich bekannt ist. Mag dieser Notenwechsel auch zu einem Ende führen, das wir noch so sehr wünschen oder verurteilen, — nie dürfen wir vergessen, daß der Januar 1917 eben unbestrittenenmaßen eine äußerst verlorene Politik darstellte. Amerika war hierbei derjenige Staat, der sich verletzt fühlen mußte. Daran muß man denken, wenn man behauptet, man lasse Wilsons Antworten mit politischem Verständnis. Der deutsch-amerikanische Regierungsdialog über den Frieden ist nichts anderes als das letzte dramatische Auswirken des Kampfes um den U-Bootkrieg.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 21. Oktober. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wurde vor und um den Lys-Abchnitt zwischen Uffel und Korrick heftig gekämpft. In Romerles vorübergehend eingebrungenen Feind warfen wir im Gegenstoß wieder zurück. Westwärts von Behne setzte sich der Gegner auf dem Westufer der Lys fest. Teile, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum großen Teil gefangen genommen; ein Franzoseneilich blieb auf dem westlichen Ufer zurück. Westlich von Korrick stieß der Feind über Teerik und Zwevegem vor. Auf den Höhen westlich und

Der Kampf um den U-Boot-Krieg.

Man schreibt uns aus Berlin:

In den Wandelgängen des Reichstags wird in den letzten Tagen nichts so eifrig besprochen, wie die Frage des U-Bootkrieges. In der Tagespresse der vergangenen Woche haben sich ja auch verschiedentlich Äußerungen gemacht, die zu dieser Frage Stellung nahmen. Die Frage hat natürlich die größte Bedeutung, weil sie in engem Zusammenhang steht mit der Schuldfrage. Zwar handelt es sich nicht um die Schuld am ganzen Weltkrieg, zum mindesten aber um jene Kapitel, die wir seit dem 1. Februar 1917 erlebt haben. Das Schwerkriegsloch lag in dieser Zeit in dem wachsenden politischen Einfluß der Vereinigten Staaten, die schließlich ihren Gipfelpunkt darin erreichte, daß die Zentralmächte den Präsidenten der Vereinigten Staaten um den Waffenstillstand und um den Frieden bat. Die Debatte über diese Frage wird deshalb nicht verkommen, bis volle Klarheit herrscht.

Eine dem früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg nachfolgende Seite hat in der „Frankfurter Zeitung“ eine Bescheidenheit vorgenommen, die die gegen Bethmann-Hollweg erhobenen Vorwürfe, er habe mit Amerika eine zweideutige Politik betrieben, zu zerstreuen soll. Zum Schluß dieser Darstellung wird erzählt, daß der Hauptauschuß des Reichstags am 31. Januar 1917 in einer geheimen Sitzung den Depeschentext zwischen der Reichsregierung und ihrem Vorgesetzten in Washington vorgelegt bekommen habe. Wenn nun hieraus der Schluß gezogen werden soll, daß die Mitglieder des Hauptauschusses mit der Politik einverstanden gewesen wären, die man ihnen dort vorgeführt hat, so ist das mindestens teilweise ein Trugschluß. Nach der persönlichen Erinnerung verschiedener Hauptauschussmitglieder handelte es sich bei diesen Ausführungen gar nicht mehr darum, ob man durch diesen Schritt günstiger mit oder gegen Amerika fährt. Es war vielmehr nur das eine Streben vorhanden, möglichst schnell zum Frieden zu kommen. Fachleute der Marine hatten die Verstärkung abgegeben, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg bereits in einigen Monaten England auf die Knie zwingen werde. Man hat deshalb mit großer Hoffnung dem Regierungsentwurf seine Zustimmung erteilt. Man hat damit eine Politik eingeschlagen, die vorausgesetzt war immer das Urteil der Marinefachverständlichen — erst populär und militärisch zweckmäßig sein mußte, wenn sie die Beendigung des Weltkrieges in einem frühesten Zeitpunkt möglich erscheinen ließ, als dies ohne den U-Bootkrieg möglich gewesen wäre. Selbst in den Sommermonaten 1917 war noch von der großen Wirksamkeit des U-Bootkrieges die Rede, von jener Wirksamkeit, die Grund zur Vermutung gab, daß auch von diesem Zeitpunkt an der Zusammenbruch Englands nach zwei bis drei Dutzend Wochen sich errechnen ließe. Es war das, was man sich doch wohl noch erinnert, Staatssekretär Helfferich, der im Hauptauschuß als äußerster Frist einen dreimonatigen Zeitraum vorschlug, über die hinaus England unmöglich an die Fortsetzung des Krieges denken könne.

Ganz abgesehen von den Wirkungen auf politischem Gebiet, die nun aus den Verteidigungsworten, die in der „Frankfurter Zeitung“ für Herrn v. Bethmann gefunden werden, und ganz abgesehen von der Erörterung der Schuldfrage überhaupt, kann sich die jetzige Reichsregierung, die dem kaiserlichen Willen als eine Volksregierung sich konformiert hat, den vorhandenen Tatsachen nicht verschließen. Wenn der Hauptauschuß des Reichstages schon für den 31. Januar 1917 als verantwortlichen Instanz in Anspruch genommen wird, so geht derjenige, der das tut, von historisch falschen Voraussetzungen aus. Im Jahre 1917 war unter der Kanzlerschaft Bethmann noch gar keine Spur der Mitverantwortung des Reichstages an Regierungshandlungen gegeben.

Kapitän
Leutnant
Weddigen

Für sein
Vaterland
gefallen
1915

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BROT

Die Weddigen lebte, regte und fiel als leuchtendes Vorbild aller U-Bootsfahrer. Pflichterfülle und reifliche Opferfreudigkeit gewannen ihm die Bewunderung und die Herzen aller, die ihn kannten. Nach seinem Beispiel streben wir weiter und sind gewiß, im Rücken gedeckt durch unsere standhaft ausdauernde und uns mit allen Mitteln unterstützende Bevölkerung in der Heimat, die sichere Grundlage zu erkämpfen für Deutschlands Entwidlung und Zukunft.

Kapitänleutnant Jacob Roffe

angriffe ab. Westlich der Aisne nahmen österreichische Kavallerie und das in den letzten Kämpfen besonders bewährte Infanterie-Regiment Nr. 21 im Gegenangriff ihre Stellung wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Ostlich von Vouziers suchte der Feind seine am 19. Oktober erzielten örtlichen Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie am Gegenangriff des Infanterie-Regiments Nr. 411 und an der 7. Kompanie des bayerischen Infanterie-Regiments Nr. 2 gescheitert.

Heeresgruppe Gallwitz.
Ostlich von Vanheville wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtsaktivität beiderseits der Maas in mäßigen Grenzen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:
An der Morawa schlugen wir erneute Teilangriffe der Serben ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 21. Okt. (B.B. Antik.)
Der Feind beschränkte sich an den Kampfzonen auf Teilangriffe, die von uns abgewiesen wurden. Unser Gegenangriff gegen die vom Feinde besetzten Höhen auf dem östlichen Aisne-Ufer beiderseits Vouziers ist in gutem Fortschreiten.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 21. Okt. (B.B. Antik.)
Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfhandlungen. Beiderseits der südlichen Morawa wurden serbische Teilangriffe abgewiesen.
Im Gebirge westlich Bajecar machte sich serbischer Druck stärker fühlbar.

Der Chef des Generalstabes.

Die angeblichen Verwüstungen der Deutschen.

Berlin, 21. Okt. (B.B.)
Zur Untersuchung der Beschuldigungen über angeblich zwecklose Verwüstungen und Zerstörungen bei dem Rückzug der deutschen Truppen begab sich eine neutrale Kommission, bestehend aus in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front. Der Chef der politischen Abteilung in Brüssel, Gesandter Freiherr von der Langen, übernahm die Führung der Kommission. — Die neutrale Kommission zur Untersuchung der „Verwüstungen“ im Rückzugsgebiet hielt sich zusammen aus dem spanischen Gesandten Marquis Villalobos, dem holländischen Gesandten van Bollenbosch und den folgenden Delegierten der Relief-Kommission: Saura (Spanien), Langenberg (Niederlande) und van Bree (Belgien).

Unterstaatssekretär Wiesberts zur Lage.

Frankfurt, 21. Okt. (B.B.)
Der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Unterstaatssekretärs Wiesberts hielt vorgestern einen Vortrag über neue Wege im Deutschen Reich, der in einem starken Optimismus über Deutschlands Zukunft ausklang und diese zuversichtliche Stimmung, wie der lebhafteste Beifall bewies, auch der starkbesetzten Versammlung mitzutellen trachtete. Wiesberts führte u. a. aus: „Wenn der Friede noch 20 Jahre gedauert hätte, wäre Deutschland nicht so sehr militärisch wie wirtschaftlich und kulturpolitisch — so mächtig und stark gewesen, daß kein Volk einen Krieg mit uns angefangen hätte. Jetzt führen wir, was noch nicht in allen Schichten des Volkes richtig verstanden wird, einen Existenzkampf, den die internationale Eifersucht uns aufzwingt. Der Verlust dieses Krieges würde keine Schmach für Deutschland sein — denn dieses hat in mehr als vier Kriegsjahren Ruhm genug auf seinen Namen gehäuft — sondern eine Schmach für Europa, das dann den Willen eines übereuropäischen Staates sich aufzwingen, sich zerstückeln lassen und dem anglo-amerikanischen Kapitalismus sich unterwerfen müßte. Die Männer, die jetzt das schwierige Friedenswerk einleiten, müssen vom ganzen Volk unterstützt werden. Sollte die neue Regierung genötigt sein, an das Volk den Appell zum letzten Verteidigungskampf zu richten, dann wollen wir freudig diesem Rufe Folge leisten. (Stürmischer Beifall.) Es sind im Volk noch so große Kräfte reserviert vorhanden, daß, wenn diese erst ganz aufgeboren werden, der Siegeszug der Feinde bald geendet sein wird.“ — Der Redner wies auf die Notwendigkeit der großen Reformen im Reich hin und bat zum Schluß, der neuen Volksregierung Vertrauen zu schenken.

Für einen ehrenvollen Frieden.

Wern, 21. Okt. (B.B.)
Wie die „Daily News“ melden, fand in der Effer-Hall in London eine stark besuchte Versammlung statt, die das Lansdowne-Komitee einberufen hatte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschiedenheit an, die besagt, es sei im Interesse Englands, einen ehrenvollen Frieden auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und den Deutschen angenommenen Bedingungen zu schließen. Es sei zu hoffen, daß der Waffenstillstand, der angemessene Bürgschaften vorschiebt, schnellstens vereinbart werde. Der Vorsitzende Hugh Bell sagte, die Bedingungen Wilsons ließen einen Spielraum für Verhandlungen. Ein Frieden auf Grund von Verhandlungen sei das, was sie immer erstrebt hätten. George Lansdowne führte aus, er habe Vertrauen zum guten Glauben Wilsons, aber nicht zu den Leuten, die England leiten. Das Parlament scheine außer Stande zu sein, die Minister zu einer deutlichen Erklärung ihrer Politik zu nötigen. Ob das geschehen sei, wisse man nicht, was Wilsons Miliee glaubten oder wünschten. Hätte England Führer gehabt, die ihre Ziele und Bedingungen bei Wilson klar formuliert hätten, so wäre der Krieg längst beendet. Kovel Burton sagte, seine Freunde wollten Wilsons Politik und nicht als diese. Gegen eine Erniedrigung der militärischen Führer Deutschlands sei nichts einzuwenden, wenn aber dem deutschen Volke eine Erniedrigung zugefügt werde, gehe man einem neuen Krieg entgegen.

Die politische Neuordnung in Bayern.

München, 21. Okt. (B.B.)
Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben über die politische Neuordnung in Bayern: „In den letzten Tagen fanden im bayerischen Landtag zwischen den Parteien Verhandlungen statt, die sich mit der Neuordnung der Verfassung und Verwaltung des Landes befaßten, hauptsächlich über die Art der Beteiligung der Volksvertretung an den Regierungsgeschäften, und die das Landtagswahlgesetz und die Umgestaltung der Reichsratskammer nach den Bedürfnissen der Neuzeit betrafen. Diese Verhandlungen wurden in dem erweiterten Finanzausschuß durch Mitwirkung der Regierung unterstützt und ergänzt. Da bisher keine endgültige Vereinbarung unter den Parteien zustande gekommen ist, hauptsächlich deshalb, weil Zentrum und Liberale zuvor auch in engere Fühlung mit ihren Parteigenossen im Lande treten und deren Einfluß und Meinung zur Geltung kommen lassen wollen, hat es vorerst wenig

Wert, über Einzelheiten der noch schwebenden Verhandlungen zu sprechen. Im Mittwoch etwa dürfte das Ergebnis der bisherigen Arbeiten zu erwarten sein. Es scheint, daß eine Vereinbarung zustande kommt, die den hauptsächlichsten Forderungen aller Parteien entspricht und eine Verständigung über die bisherigen Schwierigkeiten schafft.

Die diplomatische Einheitslichkeit der Alliierten.

Rotterdam, 21. Oktober. (B.B.)
Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdammer Courant“ aus London wird dem „Daily Telegraph“ aus New York vom 18. Oktober berichtet, daß nach den Aussprüchen von Kongressmitgliedern zur Erzielung eines vollständigen Sieges die diplomatische Einheitslichkeit für die Alliierten ebenso wichtig sei, wie die Einheitlichkeit der Kriegführung. Bei den Amerikanern besteht im allgemeinen Abneigung gegen geheime Verhandlungen über politische Angelegenheiten; sie sind für öffentliche Friedensverhandlungen, bei denen das Volk sorgfältig zur Rede gezogen werden kann. Die Amerikaner geben zu verstehen, daß Wilson mit seiner öffentlichen diplomatischen Methode ein Vorurteil gegeben habe, und daß die anderen sich daran tun würden, wenn sie es nahämten.

Die italienischen Forderungen an Oesterreich.

Wien, 21. Okt. (B.B.)
Der „Secolo“ fordert von Oesterreich für den Fall eines Waffenstillstandes die sofortige Räumung von Triest und von Pola. Wilson dürfe diese Bedingungen des demokratischen Italiens nicht unberücksichtigt lassen.

Selbstständigkeitsbestrebungen der Tschecho-Slowaken.

Wien, 21. Okt. (B.B.)
Die Blätter melden aus Prag: Vorgestern tagte unter dem Vorsitz von Kramarsch der tschechische Nationalausschuß und der tschechische Abgeordnetenverband. Die Beratungen waren vertraulich. Es wurde eine Resolution gefaßt, worin sich der Nationalausschuß für die Selbstständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schutzbereich der Slowaken aussprach. — Die vorgestern abend wieder neu erschienenen „Narodny List“ schreiben über die Beratungen: In erster Linie wurden neuerlich und bestimmt die Ziele der tschechisch-slowakischen Nation, welche einzig und allein in einem mit den polnischen und südslawischen Staaten verbündeten und selbständigen tschecho-slowakischen Staate gipfeln, festgelegt. Es wurde klar ausgesprochen, daß die Grundlage des tschecho-slowakischen Staates nicht durch Abtretung von Teilen seines historischen Landes gestört werden könne. Auch solle der tschecho-slowakische Staat in weitestem Sinne demokratisch sein, welcher grundsätzlich der Begriff voller Gerechtigkeit gegenüber allen Bewohnern dieses Staates ohne Unterschied der Nationalität in sich begriffe. Der Nationalausschuß und mit ihm adonahmlos das ganze tschechische Volk verharren unverbrüchlich auf dem Standpunkte, daß es mit Wien für die tschecho-slowakische Nation keinerlei Verhandlungen über ihre Zukunft gebe. Die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Oesterreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst werden.

Riederlage der Bolschewiki.

Shanghai, 21. Okt. (B.B.)
Reuter meldet: Im Ural wurden 8000 Bolschewiki, welche auf Zscharinburg vorrückten von Tschecho-Slowaken und sibirischen Streitkräften schwer geschlagen und zurückgetrieben. 1000 Bolschewiki wurden getötet, drei Panzerzüge, 11 Lokomotiven und 60 Maschinengewehre erbeutet.

Wiene Mitteilungen.

Lissabon, 21. Okt. (B.B.)
Havas. Politische portugiesische Straflinge griffen auf ihrem Transport zum Gefängnis die Polizei mit anderen Straflingen zusammen an. Bei dem Aufruhr wurden sieben Straflinge getötet und eine Anzahl verwundet.

Cagesnachrichten.

Berlin, 21. Okt. (B.B.)
Die Choleraerkrankungen in Berlin und Umgebung, über die Anfang September berichtet wurde, sind sämtlich erloschen. Im ganzen handelt es sich um 19 Erkrankungen, wovon 15 tödlich endeten und 4 in Genesung übergegangen sind, sowie 3 Ballenträger.

Magdeburg, 21. Okt. (B.B.)
Bei der Explosion der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik in Dessau wurden 70 Personen getötet, etwa 50 Personen sind schwer oder leichter verletzt worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Zahlen sich noch um einige erhöhen werden, da die Aufräumungsarbeiten unter militärischer Hilfe noch im Gange sind. Die Ermittlungen über die Entstehungsurache haben noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

Wien, 21. Okt. (B.B.)
Antik wird gemeldet: In einer der Batterien, die den Kanal von Sebenico schützen, setzte ein geistesgestörter Matrose, nachdem er durch Gewehrschüsse die nächste Umgebung bedroht und verjagt hatte, ein Schnellfeuerfeuergeschütz in Tätigkeit und feuerte damit eine größere Anzahl von Schüssen auf Umgebung und Stadt Sebenico. Der entstandene Sachschaden ist gering. Der Tod eines Matrosen, die Verletzung eines Infanteristen und einer Frau sind zu beklagen. Der rasende Matrose wurde festgenommen, bevor es ihm gelang, weiteren Schaden zu stiften.

Dennoch.

Trotzdem schlagen wilde Bogen Rund umher an unser Land.
Dennoch strahlt der Regenbogen Hell auf dunkler Wolkennand.
Trübend legen schwere Sorgen Sich auf manches Herz und Haus.
Dennoch fährt's vielleicht schon morgen Herrlich unser Gott hinaus.
Brennend schmerzen tausend Wunden,
Dennoch kann's nicht anders sein:
Wen die Stunden sich gesunden,
Driht die Hül' mit Nacht herein. B.B.

Lokales und Provinzielles.

Der Postschadenverkehr hat auch im September erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Im Reichspostgebiet stieg die Zahl der Postscheckkunden um 770 auf 27.895 am Monatsende. Auf den Konten wurden 11.616 Milliarden Mark umgelegt und 8.450 Milliarden Mark oder 72,7 v. H. des Umsatzes barlos beglichen. Das durchschnittliche Guthaben erreichte mit nahezu 840 Millionen Mark seinen bisher höchsten Stand. Im Deutschen Reich betrug Ende September die Zahl der Postscheck-

kunden 275.500. Von dem Umsatz (13.336 Milliarden Mark) wurden 9.616 Milliarden Mark barlos abgewickelt. Das Guthaben stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 933 Millionen Mark. Bestände zu Anträgen auf Eröffnung eines Postscheckkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

Von der Post. Wie wir hören, wird es in nächster Zukunft Erkrankungen des Personal bei dem heiligen Postamt notwendig, bis auf weiteres den Telegraphen- und Fernsprechdienst abends um 8 Uhr zu beenden.

Hauskollekte. In den nächsten Tagen wird der Herborn-Dillenburg-er Erziehungsverein durch den Kollekanten Holler seine Hauskollekte erheben lassen. Der Verein hat 3 Zt. über 200 Kinder in seiner Pflege, darunter 80 aus dem Dillkreis. Seit vielen Jahren tätig, hat er jetzt in der Kriegszeit unter sehr erschwerten Verhältnissen zu arbeiten. Er verdient daher die tatkräftige Unterstützung der Bewohner des Dillkreises.

Straßenbergschach, 21. Okt. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielten: Walter Friedrich Daniel Dienst zu Welbesbach, ferner die Holzhauser Friedrich Karl Georg, Gottfried Schmitt, Heinrich Karl Schmitt zu Mittershausen, Theodor Hofmann und Jakob Schmitt zu Vergeberschach.

Limburg, 21. Oktober. Am Mittwoch, den 16. d. M. fand hier selbst die von dem Verband der Rasse- und Rassefellen-Gesellschaften einberufene Kriegstagung in Anwesenheit von 150 Vertretern und zahlreicher Gäste statt. Der Vorsitzende, Verbandsdirektor Dr. Kolden, Frankfurt a. M. wies in seiner Ansprache ernst und eindringlich auf die Schwere und Bedeutung dieser Zeit und die Pflicht, die sie jedem Einzelnen gegenüber dem bedrohten Vaterland auferlegt, hin. Reichen Beifall und unbedingte Zustimmung fand Herr Pfarrer Blum aus Gernshelm, der in einstündigem Vortrag das Thema: „Schützt und erhaltet eure Heimat“ behandelte, und eine tiefgehende Wirkung auf alle Zuhörer ausübte. Als weitestgehendes Ergebnis der Versammlung wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt:

Der Verhandlungstag der Rasse- und Rassefellen-Gesellschaften fordert in dieser schweren und entscheidenden Stunde alle seine Mitglieder auf, in Katere Erkenntnis unserer Lage mit besonnenem Mutesmut sich zu rufen und alles zu tun, was des Vaterlandes Heil, die Erhaltung unserer deutschen Heimat fordern. — Er ruft seinen Mitgliedern ernst und eindringlich zu: „Erfüllt — jeder an seinem Teil — in Haus und Hof alle Besten eurer Pflichten!“ — Jetzt erst tut jeder willig der Obrigkeit, die Euch gesetzt ist, und leistet gehorsamst alles, was auch weiterhin von Euch gefordert werden muß, damit das Ganze seinen geordneten Gang weitergehe! — Haltet eure Gesinnung lauter, zueinander und treu; denn niemals bedurfte die deutsche Heimat so sehr treuer, besonnener und zuverlässiger Söhne, wie gerade jetzt! — Gebt jeder nach seiner Kraft dem Vaterland die Mittel, deren es in jedem Fall bedarf, um diesen furchtbaren Krieg zu beenden: Vereine und Vereinsgenossen, zeichnet 9. Kriegsanleihe!

Wir alle wissen, was es gilt: Entweder den letzten Kampf zu kämpfen um Freiheit, Ehre und Vaterland, oder den Frieden wiedergegeben stark und entschlossen — trotz allem und durch schwere Zeiten hindurch — wieder bergan zu führen unsere geliebte deutsche Heimat!

Limburg, 21. Okt. Rußlose Hände haben die alte ehrwürdige St. Repomun-Statue auf der Bahnbahnbrücke erheblich beschädigt. Der entstandene kunsthistorische Schaden ist ganz bedeutend, da es sich um eine Statue aus dem 14. Jahrhundert handelt. Für die Erhaltung der Statue hat der Magistrat eine Beihilfe von 200 M. ausgesetzt.

Frankfurt, 21. Okt. (B.B.)
Heute nachmittags 12 Uhr wurde die Stadt Frankfurt a. M. wegen Fliegergefahr alarmiert. Die Abwehrgeschäfte traten in Tätigkeit. Um 4.35 Uhr war der Alarm beendet. Schaden ist, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, in Frankfurt a. M. nicht entstanden.

Mainz, Kostheim, 21. Okt. Folgenscher Unausmerksamkeit. Das 17-jährige Kind des Tischlers Jakob Rindel fiel in eine Schüssel mit heißem Wasser, welche auf dem Boden stand und verbrannte sich daran, daß es an den Verletzungen starb.

Mandern (Waldes), 21. Okt. Beim Spielen auf dem Heuboden des großelterlichen Hauses kam das 3-jährige Stöckchen eines in Helde stehenden Postbeamten der Luft zu nahe. Ein auf dem gleichen Boden mit Zettelschneiden beschäftigter junger Mann sprang schnell heran und versuchte den Jungen festzuhalten. Er glitt aber aus und stürzte mit samt dem Kinde auf die Tenne. Beide erlitten lebensgefährliche Verletzungen, denen das Kind bereits erlegen ist.

Letzte Nachrichten.

Empfang der neuen Staatssekretäre beim Kaiser.

Berlin, 21. Oktober. Beim Empfang der neuen Staatssekretäre, die durch den Chef des Reichskabinetts v. Tschammer und Parnow vorgestellt wurden, hielt der Kaiser eine kurze Ansprache, die sich wie der „Kokal-Anzeiger“ hier in erster Linie auf die innerpolitische Neuorientierung in Deutschland bezog. Dann zog er jeden der Anwesenden in ein lautes Gespräch. Mit den Herren, die ihm bereits bekannt waren, unterhielt sich der Kaiser besonders eingehend. Die politische Lage wurde während der Unterredung nicht gestreift. Das Gespräch einer halben Stunde fand der Empfang sein Ende.

Stimmungen im Reichstage.

Berlin, 21. Okt. Ueber die Stimmungen im Reichstage berichtet das „Berl. Tagebl.“: Der Eindruck, den die Form und der Inhalt der deutschen Antwort hervorgerufen hat, kann als günstig bezeichnet werden. Man hofft, daß die Diskussion über den Frieden fortgesetzt werde und daß Wilson nunmehr die Gelegenheit wahrnehme, die Welt den von ihm propagierten dauernden Rechtsfrieden zu bringen.

Berliner Pressestimmen zur deutschen Antwort an Wilson.

„Freisinnige Zeitung“: Noch einmal hat unsere Regierung das Ihrige getan, den Weg für einen Waffenstillstand und einen Frieden frei zu machen. Die Antwort Deutschlands wird Wilson nicht überlassen, und diese Antwort wird verdoppelt, wenn unserem ehrlichen Friedenswillen eine eiserne Faust entgegengesetzt wird.

„Berliner Tageblatt“: Es wäre ungerecht und falsch, zu sagen, die Antwort sei ein verheißenes Dokument. Man kann noch finden, daß die Note vielleicht infolge der andauernden Bearbeitung etwas allzu abgewogen lautet.

„Vorwärts“: Aus der deutschen Antwort an Wilson spricht ein völlig veränderter Geist. Das zum Vordringen gebracht ist, ist nur der Wille zur nationalen

Selbsterhaltung, d. h. geht über nicht mehr zur Selbsterhaltung regierender Kassen und verasteter Staatsentrichtungen, sondern zur Erhaltung des deutschen Volkes selbst. Wenn es dem Präsidenten ernst ist mit dem Frieden der Demokratie und der unparteiischen Gerechtigkeit, so liegt ein Weg offen vor ihm, auf dem kein Hindernis mehr zu überschreiten ist. Die allerersten Tage müssen zeigen, ob das Ideal des Völkervereinens oder die kapitalistische und imperialistische Machtpolitik die härtere Kraft ist. Diese Tage werden für das Schicksal der Welt entscheiden.

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Note ist sachlich und inhaltlich das Ergebnis langer Verhandlungen und stellt sich in dem volklichen Willen, den sie zum Ausdruck bringt, dar als übereinstimmende Meinung aller zur Mitwirkung bestimmten Stellen der deutschen Volksregierung. Sie steht also nur unter der Verantwortung der Mehrheit des deutschen Volkes, das sich bewußt ist, daß von einer unmißverständlichen Aussprache das Schicksal des Friedens abhängt.

Die Ueberraschung in Wien.
 Berlin, 22. Okt. (T.U.) In der Wismutnote an Oesterreich-Ungarn erzählt das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter Wiener Seite: Die I. u. L. Regierung war über die Form und den Inhalt der Washingtoner Note gleichmäßig überrascht. Alle Nachrichten, die aus dem neutralen Ausland, sowohl wie über die schwedische Gesandtschaft in Wien an das I. u. L. Ministerium des Äußeren gelangt waren, ließen erwarten, daß Wilson der Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns nicht zustimmen werde. Trotz dieser Bewertung der Dinge wird die I. u. L. Regierung in verständlichem Sinne antworten unter Hinweis auf das Manifest des Kaisers Karl.

Verantwortlicher Schriftleiter: Bruno Benz, Dillenburg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Zweite Nachtrags-Bekanntmachung

Nr. 2. 888/10. 18. R. R. U.
 in der Bekanntmachung Nr. 2. 888/7. 17. R. R. U. vom 20. Oktober 1917, betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder.

(Vom 19. Oktober 1918.)

Die nachstehende Bekanntmachung wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand (Reichs-Gesetzbl. S. 813), des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339) in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 36) in Verbindung mit den Bekanntmachungen über die Anwendung dieses Gesetzes vom 21. Januar 1915, 23. März 1916, 2. März 1917 und 8. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 25, 1916 S. 183, 1917 S. 253 und 1918 S. 395), ferner — auf Grund des königlichen Kriegsministeriums — auf Grund der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 23. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) und 17. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 37), sowie der Bekanntmachung über Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 604) und 11. April 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 187) mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Verhandlungen gegen

- a) die Höchstpreisbestimmungen gemäß der Bekanntmachung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 395),
- b) die Beschlagnahmebestimmungen gemäß der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 23. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376),
- c) die Auskunftsfrist und die Pflicht der Lagerbuchführung gemäß der Bekanntmachung über die Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 604) und 11. April 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 187)

bestraft werden, soweit nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind.

Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

Artikel I.

§§ 1 und 2 der Bekanntmachung Nr. 2. 888/7. 17. R. R. U., betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder, vom 20. Oktober 1917 erhalten folgende Fassung:

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung betroffen wird Leder jeder Art Nr. 2. 111/7. 17. R. R. U., betreffend Beschlagnahme Behandlung, Verwendung und Nebenpflicht von rohen Großviehhäuten und Kaphäuten, wird hingewiesen.

Herkunft, unabhängig von seiner Benennung und unabhängig von Verbart und Zurechtungsort.

Nicht betroffen von dieser Bekanntmachung werden Leder, das aus Häuten und Fellen hergestellt ist, die Eigentum der kaiserlichen Marine sind, sowie alle Lederabfälle**).

§ 2.

Höchstpreise.

1. Für die in der Preistafel des § 3 angegebenen Lederarten werden diejenigen Preise als Höchstpreise festgesetzt, welche sich aus den Grundpreisen der Preistafel unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 3 Ziffer 1, 3 und 4 über die verschiedenen Sortimente, Sonderklasse und Leder ohne Stoff ergeben.

Alle Handelstufen, einschließlich Lederhersteller, dürfen ihren Wuchern neben dem Höchstpreis diejenigen Gebühren in Rechnung stellen, welche die Kontrollstelle für freigegebenes Leder oder die Kleinen-Freigabestelle von ihnen erhoben hat.

Groß- und Kleinhändler dürfen die in § 3 Ziffer 2 und 3 festgesetzten Zuschläge erheben.

2. Höchstpreise für den Großhändler.

Der Verkaufspreis des Großhändlers darf beim Verkauf von ganzen oder halben Häuten, Kernstücken, Hälsen oder Flanken den sich aus § 3 ergebenden Preis um 6 vom

*) Auf die Bestimmungen des § 9 der Bekanntmachung

**) Lederabfälle werden von der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung über den Verkehr mit getragenen Schuhwaren, Mäntel und gebrauchten Waren aus Leder vom 30. März 1918 (Reichsanzeiger Nr. 76), Abfälle von Ledertriebriemen von der Bekanntmachung Nr. 2. 400/1. 17. R. R. U., betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Treibriemen vom 15. März 1917, die übrigen Lederabfälle von der Bekanntmachung Nr. 2. 999/10. 18. R. R. U., betreffend Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufsfrist von Lederabfällen, vom 19. Oktober 1918 betroffen.

Hundert, bei Verkäufen an Schuhfabriken jedoch nur um 4 vom Hundert überschreiten.

3. Höchstpreise für den Kleinhändler.

Der Verkaufspreis des Kleinhändlers darf beim Verkauf von ganzen oder halben Häuten, Kernstücken, Hälsen oder Flanken den sich aus § 3 ergebenden Preis um 18 vom Hundert überschreiten.

Als Kleinhändler im Sinne dieser Bestimmungen gelten Lederhändler, deren einzelne Verkäufe an einen Kunden Mengen im Werte von 500 Mark in der Regel nicht überschreiten und auch im letzten halben Jahre vor dem 20. Oktober 1917 nicht überschritten haben. Unter diesen Voraussetzungen dürfen auch Verbereien, Zurechtereien und Großhändler, die ein Leder-Kleinhandelsgeschäft schon vor dem 25. Juli 1914 gewerbmäßig betrieben haben, in diesem Kleinhandelsgeschäft Leder zu den unter § 2 Ziffer 3 angegebenen Preisen verkaufen, jedoch nur Mengen im Werte von höchstens 500 Mark bei dem einzelnen Verkauf an einen Kunden.

(Schluß folgt.)

Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlsbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

1. Militärfrachtbriele (vergl. Erlass des Kriegsministeriums vom 19. Juli 1918 Nr. 381/7. 18. A. E.) dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des vorausgebenden stellv. Generalkommandos durch Trudereien, denen die Eisenbahnverwaltungen den Frachtbrieletempel überlassen haben, hergestellt werden.

2. Zivilpersonen ist die Verwendung von Militärfrachtbriele zu nicht militärischen Sendungen verboten.

Zwangsmaßnahmen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen milderer Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Frankfurt a. M./Mainz, den 21. September 1918.

Stellvertretendes Generalkommando des 18. Armeekorps.

Der stellv. Kommandierende General:
 Riedel, General der Infanterie.
 Gouverneur der Festung Mainz:
 Bausch, Generalleutnant.

Kartoffellieferung.

Dem Vernehmen nach lehnen viele Landwirte die Lieferung von Kartoffeln gegen Bezugsschein ab, weil sie demnach an den Kreis liefern müßten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Lieferung gegen Bezugsschein bei der späteren Pflichtlieferung angerechnet wird. Es liegt aber kein Anlaß vor, den Verkauf von Kartoffeln gegen Bezugsschein zu verweigern. Was allerdings nicht bei der Pflichtlieferung angerechnet wird, das ist der Verkauf im Schleichhandel, was sich manche Landwirte merken wollen.

Dillenburg, den 22. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat: v. Schbel

Kriegsanleihe.

Die Banken, Sparkassenvereine, Postanstalten bitte ich um Mitteilung des Zahlungsergebnisses bis zum 7. November.

Dillenburg, den 21. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat: v. Schbel

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Graf von Rosen, hatte mit Parteiführern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichspräsidenten Fehrenbach, dem Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Ebert und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Westarp und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Blumer und Fischbeck, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und Lis, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Brumburg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen bezeichnet. Unser Volkvermögen steht in der Hauptsache noch unangefastet da.“

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihezinsen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohltätiger Stiftungen, die unseren Kernstücken dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsertrages zu rühren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Übereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen, Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

Bekanntmachung

Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe ist um 14 Tage, d. h. bis einschließlich den 6. November, verlängert worden.

Berlin, im Oktober 1918

Reichsbank-Direktorium
Havenstein v. Grimm.

Bekanntmachung.

Das Verbot des Buchsternsammelns in den Waldungen der Gemeinde Heiligenborn wird hiernit aufgehoben.

Heiligenborn 21. Oktober 1918.
Der Bürgermeister Schneider.

Dörre was, so hast Du was! Dörr-Apparate

für Obst und Gemüse

mit 4 Kurden M. 16.⁵⁰

Original Geisenheimer Dörr-Apparat in allen Größen
auch mit Heizöfen, empfiehlt 3040

Th. Ferber, Siegen
Cölner-Strasse 6, Telefon Nr. 1264.

Kontoristin,

zuverl. und treu, mit schöner
Kloft, Handschr., in Stenogr.
u. Schreibm. (Adler) völlig
firm., sicher in Konto-Föhrung,
für ein Kontor in Dillen-
burg zum 1. od. 15. Dezbr.
gel. Bewerb. mit Zeugnis-
Abschr. unt. N. 3. 3724 an
die Geschäftsstelle.

Suche sofort ein tüchtiges Hausmädchen.

Frau Carl Döring, Sinn.

Suche für sofort älteres Mädchen

oder Kriegersfrau für Küchen-
arbeit in Gelangenen-Menage
gegen hohen Monatslohn.

H. Bellersheim,
Grube Freiergrunder-
Bergwerksverein
bei Reunkirchen
(Bezirk Arnsberg).

Silbsarbeiter und Berlader.

suchen (656)
Gebrüder Achenbach,
Weidenau-Sieg.

Erdarbeiter

einzelu oder in Kolonnen für
dauernde Beschäftigung sofort
nach hier gesucht. Bedingungen
mündlich oder schriftlich mit
Lohnangabe an

H. Langensiepen,
Tiefbauunternehmung,
Baubüro Bendorf.

Wegen Verbeirung meines
jetzigen, suche zum 1. Nov.
ein in Haus und Küche er-
fahrenes

Mädchen.

Frau C. Vehr, Wehlar,
Schubgeschl., Langgasse 12.

Automobil- Kilometeruhr

verloren.

Finder erhält Belohnung
Dr. Schäfer,
Steinbrücken.

Ein sechs Monate altes
schweres Simenthaler

Mutterkalb

zu verkaufen.
Carl Bild, Niederseib.



Achtung!

Sabe eine Partie extra
große

Zuchtschweine

zum Verkauf, ferner für Ge-
nossenschaften und Wiederer-
käufer günstige Gelegenheit in
Einlegerei auf Novemb.-
Lieferung, nebst Bestellung
zum billigsten u. reellst. Preise
entgegen.

Schüh, Schweinehändler,
Etern bei Siegen.

Ein noch fast neues zwei-
schläfriges

Bett

und 1 Tisch zu verkaufen.
Luweg 7.

Frachttüchtigkeiten werden am 23., 24. und 25. Okt.
von Stationen des Direktionsbezirks Frankfurt (M) zur Be-
förderung nicht angenommen.
Frankfurt (M), den 21. Oktober 1918.
Königliche Eisenbahndirektion.

Gießener Paedagogium.

Höb. Privatschule für alle Schularten. Sexta-Ober-
prima. Einjähr.-Primareise. Abiturienten-
Prüfung. Individueller Unterricht. Kleine Klassen.
Arbeits-Schülerheim Gute Verpfleg. Charakter-
bild. durch Arbeiten u. Pflichten. Gießen a. d. Bahn.
Wilhelmstr. 16. Nähe Univ. Fernr. 2075. Beste Erlolge.
2054 Direktor Brackemann.

Todes-Anzeige.

Am 16. dieses Monats erblitten wir die trau-
rige Nachricht, daß mein lieber Mann, der treusor-
gender, Vater meiner Kinder, unser guter Sohn,
Bruder, Schwager und Onkel, der

Pionier Karl Wehn

im Alter von 42 Jahren an einer im Feld sich
zugezogenen Krankheit im Kriegs-Lazarett in Ins-
mingen sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen.
Frau Mina Wehn und Kinder.

Dillenburg, den 22. Oktober 1918.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden unserer lieben Verstorbenen
und für die vielen Kranzspenden sagen wir allen
unsern herzlichsten Dank.

Im Namen der Angehörigen:

Heinrich Seppner.

Dillenburg, den 22. Okt. 1918.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem harten Verluste unseres innig geliebten
Sohnes

Karl

sagen wir allen herzlichsten Dank.

Die trauernden Eltern.

Familie August Christ.

Dillenburg, den 22. Oktober 1918.



Todes-Anzeige.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser
lieber Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Schwieger-
sohn, der

Kanonier Adolf Freischlad

an der Westfront in Folge schwerer Krankheit am
10. Oktober im Alter von 30 Jahren in die ewige
Ruhe eingegangen ist.

Trohdhausen, den 22. Oktober 1918.

Julie Freischlad und 2 Kinder
geb. Medenbach
Familie Wilhelm Freischlad
Familie Andr. Medenbach.

Erlöb von allen Wehen,
Erlöb von allem Leid,
Durst' er zur Heimat geben
Zur ewigen Seligkeit.
Er hatte schon hienieden
Die Ruh in seiner Brust,
Die jedem ist b-schieden,
Dem Jesus lähe Lust.
Nun hat ein End all Grauen,
Auch wir lehn übers Grab,
Bei er nun Den darf schauen,
Dem er sich früh ergab,
Es war so Gottes Wille,
Er sollt voran uns gehn,
Drum halten wir auch stille,
Bis wir ihn wiederlehn.

Wiedergebren war seine und unsere Hoffnung.



Es ist vorbei mit unsern Sehnen,
nie h. h. Du beim las Elternhaus,
Dich wecken niemals unsere Tränen;
nach schweren Kämpfen ruhst Du aus.
So ruh nun sanft Du lieber Sohn und Bruder.
Wir konnten Dich nicht Herben seh'n,
auch nicht an Deinem Grabe lehn.
Du gutes Herz ruh' still in Frieden,
ewig beweint von Deinen Lieben.

Tieferschütterl erblitten wir die schmerzliche
Nachricht, daß unser beihgeliebter Sohn u. Bruder
Schwager und Onkel

Musketier Adolf Hofheinz,

Ref.-Infanterie-Regiment 84, 10. Komp.,
Inh. des Eisernen Kreuzes 2. Kl.

nach 2¹ jähriger treuer Pflichterfüllung im Alter
von 21 Jahren am 30. Sept. 1918 auf dem Felde
der Ehre gefallen ist.

In diesem Schmerz:

Reinhard Hofheinz und Frau

Kalb, geb. Hartmann,

Sergeant S. Hofheinz

a. St. im Lazarett,

Frieda Hofheinz,

Helene Hofheinz,

Ella Hofheinz,

Familie Hermann Orth.

Eibelshausen, den 21. Okt. 1918.



Todes-Anzeige.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser
guter unvergehllicher Sohn

Sergeant Theobald Weber,

Fuß-Art. Regl. Nr. 3,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.

im 7. Dienstjahr und im Alter von 26 Jahren,
am 11. d. M. Mittags kurz nach 1 Uhr an Lungen-
entzündung im Militär-Genehungsheim Malonbi
gestorben ist.

In diesem Schmerz:

Richard Weber und Frau Hermine,
geb. Triebel

Albert Weber

Hermann Weber.

Rabenscheid, Güstrow zur St. U. Erdbach.